

# Kanada

Im Verhältnis zu seiner Bevölkerung hat Kanada seit den 1980er Jahren mehr Einwanderern und Flüchtlingen dauerhaften Aufenthalt gewährt als jedes andere Land. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts hat sich die Einwanderungspolitik des Landes von einem „Aussperrmechanismus für Nicht-Europäer“ zu einem Auswahlinstrument gewandelt, mit dem wirtschaftliche, demografische, soziale und humanitäre Ziele verfolgt werden können. Über alle Parteien hinweg und in der Öffentlichkeit haben behutsame Grundsatzentscheidungen einen vergleichsweise hohen Grad an Akzeptanz für Masseneinwanderung und der damit einhergehenden ethnischen Vielfalt geschaffen.

Nicht nur in Europa wird Kanadas Einwanderungspolitik – oder zumindest das sogenannte „Punktesystem“ – oftmals als Vorbild betrachtet. Auch auf die Erfolge, die das Land hinsichtlich der Integration einer so großen Zahl von Menschen mit unterschiedlichsten sozioökonomischen und kulturellen Hintergründen verzeichnen kann, sind Loblieder angestimmt



## Hintergrunddaten

**Hauptstadt:** Ottawa

**Amtssprachen:** Englisch und Französisch

**Fläche:** 9.984.670 km<sup>2</sup>  
(zum Vergleich Deutschland: 357.027 km<sup>2</sup>)

**Bevölkerungszahl (2006):** 31.612.897 (Volkszählung)

**Bevölkerungsdichte:** 3,2 Einwohner je km<sup>2</sup>

**Bevölkerungswachstum (2001–2005):** +5,4%

**Erwerbsbevölkerung (2005):** 77,8%

**Anteil Einwanderer an der Gesamtbevölkerung (2004):** 18%

**Anteil Einwanderer an der Erwerbsbevölkerung (2001):** 20%

**Arbeitslosenquote:** 6,8% (2005), 7,2% (2004), 7,6% (2003)

**Religionen (2001):** Katholiken (44%), Protestanten (29%), Christlich-Orthodoxe (1,6%), andere Christen (2,6%), Muslime (2%), Juden (1%), Buddhisten (1%), Hinduisten (1%), Sikhs (0,9%), Andere (0,3%), ohne Religionszugehörigkeit (16,5%)

worden. Das System hat mit Sicherheit seine Stärken. Die Auswahlkriterien sind klar, die Menschen, denen dauerhaft Aufenthalt gewährt wird, genießen eine Vielzahl von Rechten, darunter der uneingeschränkte Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Staatsbürgerschaft kann relativ leicht erworben werden, was zu hohen Einbürgerungszahlen geführt hat und dazu, dass sich die Einwanderer in hohem Maß in das soziale und politische Leben einbringen.

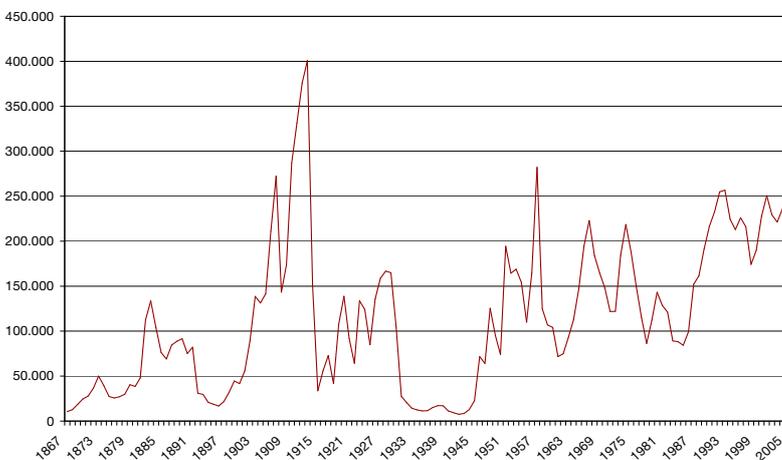
Seit einigen Jahren warnen Beobachter jedoch vor einer Fehlentwicklung des Einwanderungssystems, durch die Bedingungen entstehen könnten, die für Einwanderer und gebürtige Kanadier gleichermaßen gefährlich sind: Die Auswahlkriterien scheinen mit der Nachfrage am heimischen Arbeitsmarkt nichts mehr zu tun zu haben. Für diejenigen, die aufgenommen werden, wird es auf dem Arbeitsmarkt immer schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden, der ihren Qualifikationen entspricht. Außerdem ist für Antragsteller aus vielen Regionen der Welt die Bearbeitungszeit sehr lang geworden.

Mit den Worten eines kanadischen Forschers: „Die Debatte in Kanada über die Einwanderung ist von Eigeninteressen geleitet.“<sup>1</sup> Und es wird weithin akzeptiert, dass die Einwanderung diesen Eigeninteressen dient. In den letzten Jahren ist von Beobachtern jedoch zunehmend infrage gestellt worden, ob die kanadische Einwanderungspolitik wirklich noch den Interessen des Landes und den Interessen der Menschen, die sich zur Immigration entschließen, dient.

## Entwicklung der Einwanderungspolitik seit dem 19. Jahrhundert

Kanadas erstes Einwanderungsgesetz wurde 1869 erlassen, zwei Jahre nach der Gründung des Landes. Das Gesetz sollte der Auswanderung in die USA entgegenwirken und die Besiedlung der westlichen Territorien erleichtern. Es setzte nur eine geringe Zahl von Kontrollen für Neuankömmlinge voraus, wengleich es der Bundesregierung die Möglichkeit gab, den Zuzug von Armen, Kranken und behinderten Menschen zu verhindern. Dieser relativ freizügige Ansatz musste jedoch bald einer Reihe von Gesetzen weichen, die darauf angelegt waren, solche Personen zur Einwanderung zu bewegen, die unter wirtschaftlichen bzw. ethnischen Gesichtspunkten als geeignet betrachtet wurden.

Abbildung 1: Einwanderung nach Kanada 1867-2005



Quelle: Citizenship and Immigration Canada (CIC)

Im späten 19. Jahrhundert wurden Programme entwickelt, mit deren Hilfe durch Masseneinwanderungen Kanadas Westen besiedelt werden sollte. Zu diesem Zweck wurden in Großbritannien, den USA, Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten aggressive Informations- und Auswahlkampagnen gestartet. Als jedoch klar wurde, dass sich in traditionellen Herkunftsländern, insbesondere in Großbritannien, keine ausreichende Zahl möglicher Einwanderer finden lassen würde, richtete sich die Aufmerksamkeit auf Mittel- und Osteuropa. Infolge dieser Kampagnen erfolgte der erste große Zustrom von Neuankömmlingen vom europäischen Festland, unter ihnen vor allem Ukrainer,<sup>2</sup> Deutsche, Italiener und Russen.<sup>3</sup> Die Politik zielte darauf ab, Bauern und Landarbeiter anzuziehen.

Wer für die Ansiedlung als geeignet galt, wurde auch dadurch bestimmt, dass Kanada sich als „britische Siedlergesellschaft“ verstand und man glaubte, als solche nur bestimmte nationale oder ethnische Gruppen integrieren zu können, ohne den grundlegenden Charakter der jungen Nation zu verändern. Dieser Glaube führte schon früh zur Einführung einer Reihe von formellen und informellen Einwanderungsbeschränkungen für bestimmte Völker und „Rassen.“<sup>4</sup> Einwanderungsbeschränkungen, die darauf ausgelegt waren, kulturelle, ethnische und ideologische Unterschiede so gering wie möglich zu halten,

wurden noch bis weit nach dem Zweiten Weltkrieg aufrechterhalten. Premierminister Mackenzie King betonte 1947 in einer Rede, dass es Einwanderern nicht möglich sein sollte, „den Charakter unserer Bevölkerung grundlegend zu ändern.“<sup>5</sup> In der Fassung von 1952 ermächtigte das Einwanderungsgesetz die Regierung dazu, Personen, die auf Grundlage ihrer Nationalität, Staatsbürgerschaft, ethnischer oder geografischer Herkunft, ihrer sozialen Klasse, Berufszugehörigkeit oder Lebenswandel als für das kanadische Klima ungeeignet erachtet wurden, nur einschränkt oder überhaupt nicht zuzulassen; ebenso wenig bei „möglicher Unfähigkeit, sich zu integrieren.“<sup>6</sup> Entsprechende gesetzlich verankerte Regulierungen orientierten sich an Listen mit bevorzugten Herkunftsländern.

In den 1960er Jahren verschob sich der Schwerpunkt der kanadischen Einwanderungspolitik von reiner Zuwanderungsbeschränkung zu einer aktiven Auswahl qualifizierter Arbeitskräfte, die in der rasant wachsenden Wirtschaft des Landes dringend gebraucht wurden. 1962 wurde mit einem Erlass, dem zufolge Migranten mit gesuchter Ausbildung oder Qualifikation ohne Ansehen von Hautfarbe, Abstammung oder nationaler Herkunft die Einreise bewilligt werden sollte, die rassistische Komponente in der kanadischen Einwanderungspolitik weitestgehend abgeschafft.<sup>7</sup> 1967 wurde ein Punktesystem eingeführt, anhand dessen Sachbearbeiter in den Einwanderungsbehörden Punkte für Bildung, Sprachkenntnisse und Arbeitsmarktchancen bis zu einer festgelegten Höchstzahl vergeben konnten. Auch wenn die Kategorien, in denen Punkte vergeben werden, über die Jahre ebenso Änderungen unterzogen wurden wie die Mindestsumme, die zur Zulassung erzielt werden muss, bildet dieses System nach wie vor das Herzstück der kanadischen Einwanderungspolitik. Das Einwanderungsgesetz von 1976 teilte die Einwanderungswilligen nach vier Grundkategorien

ein und verlangte von der Regierung, in Abstimmung mit den Provinzen zur gezielten Planung und Abwicklung der Einwanderung jährliche Zielgrößen für die Zulassung von Einwanderern zu ermitteln. Dieses Gesetz gilt als Eckpfeiler der gegenwärtigen kanadischen Einwanderungspolitik.

Aktuell wird die Einwanderung nach Kanada im Einwanderungs- und Flüchtlingshilfegesetz (*Immigration and Refugee Protection Act*, IRPA) von 2001 geregelt. Personen können demnach einen Antrag auf dauerhaften Aufenthalt stellen, wenn sie in eine der drei Aufnahmekategorien (*landing classes*) fallen: die Wirtschaftskategorie (qualifizierte Arbeitskräfte, Geschäftsleute mit ihren direkten Familienangehörigen), die Kategorie der Familienangehörigen (also Ehegatten, Lebenspartner, Kinder, Eltern und Großeltern von kanadischen Bürgern oder von dauerhaft Ansässigen, die sich zur finanziellen Unterstützung ihrer Angehörigen verpflichten) oder die Kategorie der Flüchtlinge und Schutzbedürftigen (d.h. Flüchtlinge und andere Schutzbedürftige, die aus Mitteln der Regierung oder auch aus privaten Mitteln unterstützt werden). Darüber hinaus kann dauerhafter Aufenthalt aus humanitären Beweggründen durch Ministererlass gewährt werden. Weitere Bestimmungen existieren für temporäre Arbeitskräfte und Studierende.

**Abbildung 2: Auswahlkriterien für qualifizierte Arbeitskräfte**

Kriterien	Punkte (Maximum)
Bildung	25
Sprachkenntnisse	
1. Amtssprache	16
2. Amtssprache	8
Berufserfahrung	21
Alter	10
Stellenangebot	10
Anpassungsfähigkeit	10
Gesamtzahl (Maximum)	100
Schwelle	67

Quelle: CIC

Einer Auswahl nach dem Punktsystem werden lediglich die Hauptantragsteller in der Wirtschaftskategorie unterzogen. Je nachdem, ob sie sich als qualifizierte Arbeitskräfte oder etwa als Unternehmensgründer oder Investoren bewerben, werden sie nach geringfügig unterschiedlichen Kriterien bewertet bzw. müssen geringfügig abweichende Punktzahlen erreichen. In der Kategorie der qualifizierten Arbeitskräfte werden Bewerber derzeit anhand ihrer formalen Qualifikation und ihrer Kenntnisse in den beiden Landessprachen beurteilt, anhand ihres Alters und ihrer Berufserfahrung, aber auch daran, ob ihnen bereits ein Stellenangebot vorliegt und wie anpassungsfähig sie sind – eine weit gefasste Kategorie, die unter anderem auch berücksichtigt, welchen Bildungsabschluss der Ehegatte des Hauptantragstellers erworben hat, ob der Antragsteller oder der Ehegatte in Kanada bereits studiert oder gearbeitet hat und ob der Antragsteller oder der Ehegatte Verwandte in Kanada hat. In jeder Kategorie kann eine bestimmte Punktzahl vergeben werden, wobei die meisten Punkte in den Bereichen formale Qualifikation, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung erreicht werden können. Die Höchstpunktzahl liegt bei 100; gegenwärtig müssen mindestens 67 Punkte erreicht werden, damit dem Antrag auf Zuwanderung stattgegeben werden kann (siehe Abbildung 2).<sup>8</sup> Sobald eine Person dauerhaft aufgenommen wird, genießt er oder sie ähnliche Rechte wie Staatsangehörige, darunter uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt und zu den Sozialleistungen.

Erst seit recht kurzer Zeit nehmen die kanadischen Provinzen und Territorien<sup>9</sup> – auf Grundlage entsprechender Abkommen mit dem Bund – eine größere Rolle in der Organisation des Einwanderungsprozesses ein. Das erste und umfassendste Abkommen wurde 1991 in Quebec unterzeichnet;<sup>10</sup> seit 2000 sind die meisten anderen Provinzen und Territorien dem Beispiel gefolgt. Als wichtigster Bestandteil der Abkommen, die zusammen genommen das *Provincial Nominee Program* (PNP) bilden, wird den Provinzen/Territorien Eigenständigkeit in der Auswahl einer begrenzten Anzahl möglicher Einwanderer eingeräumt, entsprechend den wirtschaftlichen Gegebenheiten vor Ort. Jede Provinz bzw. jedes Territorium kann Antrag-

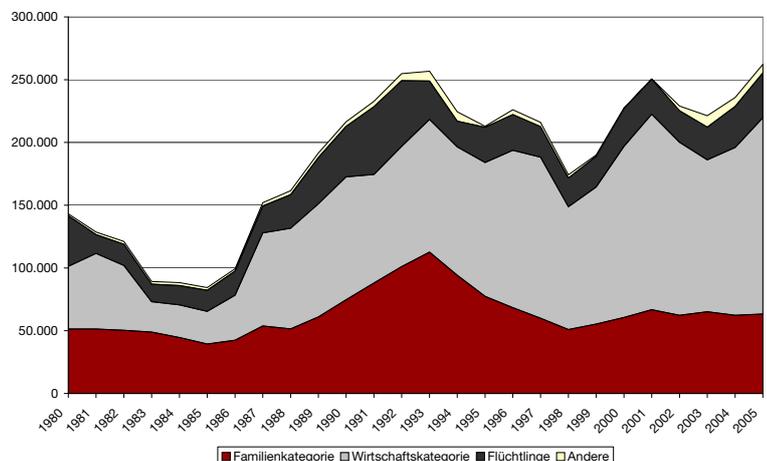
steller nach eigenen Kriterien und Verfahren auswählen. In Alberta werden in starkem Maße die Wünsche der Arbeitgeber berücksichtigt, das heißt: damit eine Person von der Provinz nominiert werden kann, muss sie von einem Arbeitgeber aufgrund geeigneter Ausbildung und Erfahrung für eine konkrete Position ausgewählt werden. Die Nominierten werden dann auf Bundesebene von der Bundesbehörde für Staatsbürgerschaft und Einwanderung (*Citizenship and Immigration Canada, CIC*), begutachtet, allerdings nicht mehr mittels des Punktesystems bewertet. In der Bundesquote für die jährliche Zuwanderung ist ein bestimmter Anteil für die Kandidaten der Provinzen/Territorien reserviert: 2005 waren bei einer Gesamtzahl von 220.000-245.000 angestrebten Zulassungen 8.000-10.000 für die PNP-Zulassung vorgesehen.

## Einwanderungsströme

Seit Kanada 1867 ein Staat wurde, haben sich mehr als 16 Millionen Einwanderer dort niedergelassen. In den 1990er Jahren wurden mit insgesamt 2,2 Millionen Zuwanderern die höchsten 10-Jahres-Werte erreicht. In der Geschichte haben die Zuwanderungsströme jedoch kaum mehr als 1% der jährlichen Bevölkerungszahlen ausgemacht, mit Ausnahme der Jahre 1911-1913, als sie 5% erreichten. Seit das Zuwanderungsgesetz in der Fassung von 1976 in Kraft getreten ist, setzt die Regierung jährliche Zielgrößen für die Zulassung von Einwanderern fest. Die jährliche Zuwanderung liegt seit 1990<sup>11</sup> durchgehend bei über 200.000 Menschen und macht jedes Jahr 0,7-0,9% der Gesamtbevölkerung aus. 2005 überstieg die Zahl der Zuwanderer (mit 262.236) die von der Regierung ermittelte Zielgröße (von 220.000-245.000). Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht des Statistischen Bundesamts in Kanada geht davon aus, dass von 2030 an nur noch internationale Migrationsströme für ein Bevölkerungswachstum sorgen werden.

Menschen, die sich dauerhaft in Kanada niederlassen wollen, werden – wie bereits erwähnt – drei verschiedenen Kategorien zugeordnet (Wirtschaft, Familienangehörige oder Flüchtlinge), wobei die Zulassungspolitik darauf abzielt, Antragsteller

**Abbildung 3: Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen, erteilt nach Kategorie, 1980-2005**

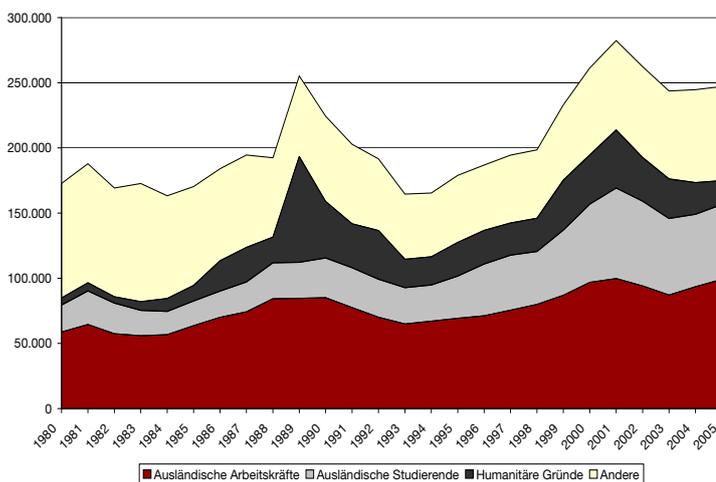


Quelle: CIC (2006c)

aus diesen Gruppen in einer bestimmten Mischung zuzulassen. Entsprechend lag das Verhältnis in den letzten zehn Jahren in etwa bei 60:25:15. Darüber hinaus sind eine nicht unerhebliche Zahl von Einwanderern der Kategorie „Andere“ zuzuordnen, darunter fallen Rentner, Personen, deren Abschiebung ausgesetzt wird, und Personen, die aus humanitären Erwägungen per Ministererlass aufgenommen werden. In Abbildung 3 sind die Zulassungen von 1980 bis 2005 aufgeteilt nach Kategorien dargestellt.

Auch wenn 2005 nahezu 60% der Zuwanderer offiziell der Wirtschaftskategorie zugerechnet wurden, ist zu beachten, dass es sich bei lediglich 39% (insgesamt 61.614 Personen) um den Hauptantragsteller handelt, welcher nach Punktesystem ausgewählt wurde. Die übrigen Zuwanderer in dieser Kategorie waren Ehegatten oder direkte Angehörige des Hauptantragstellers und wurden somit nicht nach Punkten bewertet. Das bedeutet, dass eigentlich nur 23% aller im Jahre 2005 Zugewanderten anhand von Sprachkenntnissen, Bildungsgrad, Alter, Berufserfahrung, Anpassungsfähigkeit oder bereits vereinbartem Arbeitsverhältnis ausgewählt wurden.

**Abbildung 4: Befristete Aufenthaltsgenehmigungen, erteilt nach Kategorie, 1980-2005**



Quelle: CIC (2006c)

Zusätzlich zum oben genannten Zustrom von Menschen, die sich dauerhaft niederlassen wollen, gewährt Kanada jedes Jahr einer ähnlich hohen Zahl von Menschen befristeten Aufenthalt (siehe Abbildung 4). Seit 1990 wurden zwischen 150.000 und 250.000 Menschen pro Jahr vorübergehend aufgenommen, in erster Linie Arbeiter, Studierende oder Flüchtlinge. 2005 wurden 247.143 befristete Aufenthaltsgenehmigungen ausgestellt.

## Auswanderung

Während die kanadischen Medien gerne die Aufmerksamkeit auf einen angeblichen „brain drain“ lenken – womit die Abwanderung von Hochqualifizierten in die USA gemeint ist – betonen Statistiker hingegen, dass dieses Phänomen wiederum durch Zustrom von hochqualifizierten Menschen aus anderen Teilen der Welt ausbalanciert wird. Nach einem Bericht entspricht je-

des Jahr allein die Zahl der Zuwanderer mit Masterabschluss oder gar Dokortitel der Gesamtzahl aller kanadischen Universitätsabsolventen – Bachelor-Abschlüsse (*undergraduate level*) eingeschlossen –, die das Land in Richtung USA verlassen.<sup>12</sup>

In jüngerer Vergangenheit haben sich Forscher stärker mit der Frage auseinandergesetzt, ob die Einwanderung tatsächlich „auf Dauer“ angelegt ist. Ein Bericht des kanadischen Statistischen Bundesamtes<sup>13</sup> über Männer, die zwischen 1980 und 2000 im Alter zwischen 25 und 45 Jahren ins Land eingewandert waren, zeigte, dass ein Drittel von ihnen das Land 20 Jahre nach der Ankunft bereits wieder verlassen hatte. Viele von ihnen waren Facharbeiter oder Geschäftsleute; mehr als die Hälfte derjenigen, die das Land wieder verlassen hatten, taten dies im ersten Jahr nach der Ankunft. Interessanterweise kehrten aber auch 10% der Personen, die Kanada wieder verlassen hatten, innerhalb von 10 Jahren nach ihrer ersten Ankunft zurück. Menschen, die in den 1990er Jahren kamen, einer Zeit wirtschaftlicher Rezessionen, haben das Land eher wieder verlassen als jene, die in den 1980er Jahren kamen, was ein Zeichen dafür sein könnte, dass die wirtschaftliche Situation ausschlaggebend dafür ist, ob Einwanderer sich entscheiden, in einem Land zu bleiben.

Berücksichtigt man die Investitionen, die das Land tätigt, um Leute anzuwerben, von denen es hofft, dass sie „unbefristet“ bleiben, könnte ein Anhalten dieses Trends die Einwanderungspolitik in Zukunft entscheidend beeinflussen.

## Die Einwandererbevolkerung

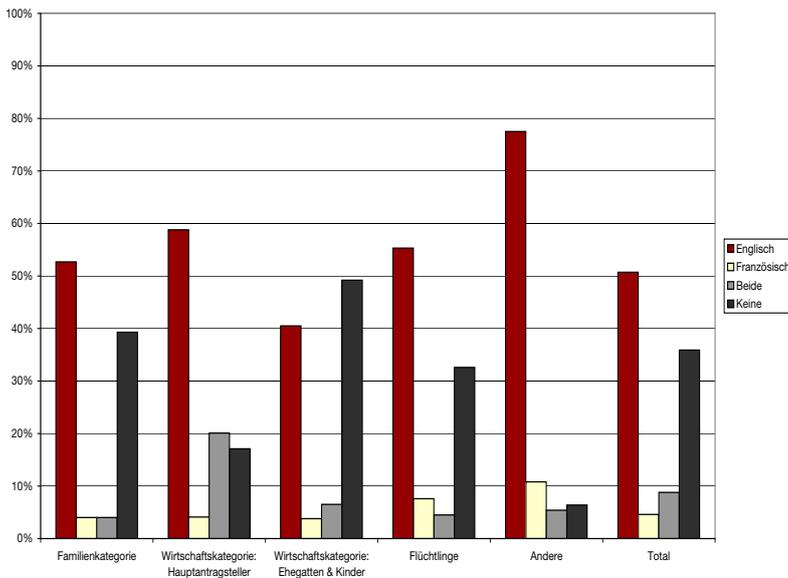
In der amtlichen Statistik werden Einwanderer definiert als diejenigen Menschen, die nach ihrer Einwanderung in Kanada leben, denen also von der Einwanderungsbehörde das Recht zugestanden wurde, sich auf Dauer in Kanada niederzulassen. 2001 waren 18% der Bevölkerung des Landes im Ausland geboren und damit klassifiziert als zur Einwandererbevolkerung zugehörig.<sup>14</sup>

In geografischer Hinsicht verteilen sich die Einwanderer ungleichmäßig über das Land. Entsprechend des Zensus aus dem Jahr 2001 leben 56% der Einwanderer in Ontario, 20% in British Columbia und 13% in Quebec. Weniger als 7% der Bevölkerung der restlichen Provinzen und Territorien wurde außerhalb Kanadas geboren. Die Ballungsgebiete Torontos, Vancouvers und Montreals weisen ungleich größere Ausländeranteile auf. So machten 2001 die im Ausland Geborenen in Toronto 45% der Einwohner aus, in Vancouver 38% und in Montreal 18%. Daneben war nach dieser Schätzung jedes fünfte Schulkind in Toronto und Vancouver neu eingewandert.

In den letzten 40 Jahren haben eine veränderte Zuwanderungspolitik und internationale Ereignisse, die Migrationsbewegungen auslösten, für einen Wandel der Herkunftsländer gesorgt. Während vor 1961 die überwältigende Mehrheit (90%) aus Europa kam, sind heute asiatische Staaten die wichtigsten Herkunftsländer. Ungefähr 40% der Einwanderer in den 1990er Jahren wurden in folgenden Staaten geboren (nach abnehmender Häufigkeit): China, Indien, den Philippinen, Hongkong,

Sri Lanka, Pakistan und Taiwan. Weitere 11% der Einwanderer der 1990er Jahre kamen aus der Karibik (insbesondere aus Jamaika), aus Mittel- und Südamerika. 8% kamen aus Afrika, hauptsächlich aus Somalia, Algerien und Südafrika. Die zehn wichtigsten Herkunftsländer 2005 waren (nach abnehmender Häufigkeit): China, Indien, die Philippinen, Pakistan, USA, Kolumbien, Großbritannien, Südkorea, Iran und Frankreich.

**Abbildung 5: Sprachkenntnisse der 2005 zugelassenen permanenten Einwanderer**



Quelle: CIC (2006c)

Im Jahr 2005 gaben 14% der Einwanderer als Muttersprache Chinesisch (Mandarin) an, ein Wert, der seit 2000 konstant geblieben war. Die zweithäufigste Sprache war Englisch, gefolgt von Arabisch, Spanisch und Punjabi. Im Gegensatz zu Englisch haben die drei letztgenannten Sprachen in den vergangenen 25 Jahren an Bedeutung zugenommen. Wie Abbildung 5 zeigt, verfügen zahlreiche Einwanderer bei ihrer Ankunft über keinerlei Kenntnisse in einer der beiden Landessprachen: Dies traf 2005 – abgesehen von den Hauptantragsstellern in der Wirtschaftskategorie – auf mehr als 30% der Einwanderer in den jeweiligen Kategorien zu.

**Ethnische Zugehörigkeit**

Seit 1901 sind in Volkszählungen Informationen über die ethnischen Hintergründe der gesamten Bevölkerung gesammelt worden. Da es letztlich der jeweiligen Person überlassen bleibt, sich einer oder mehreren ethnischen Gruppen zuzuordnen,<sup>15</sup> sind die Erhebungen sehr subjektiv. Befragte können eine oder mehrere ethnische Gruppen im Fragebogen frei eintragen, wobei als Richtschnur die häufigsten Nennungen der letzten Volkszählung als Antwortbeispiele angeführt werden. Im Jahr 2001 wurden mehr als 200 verschiedene ethnische Hintergründe erfasst. Die

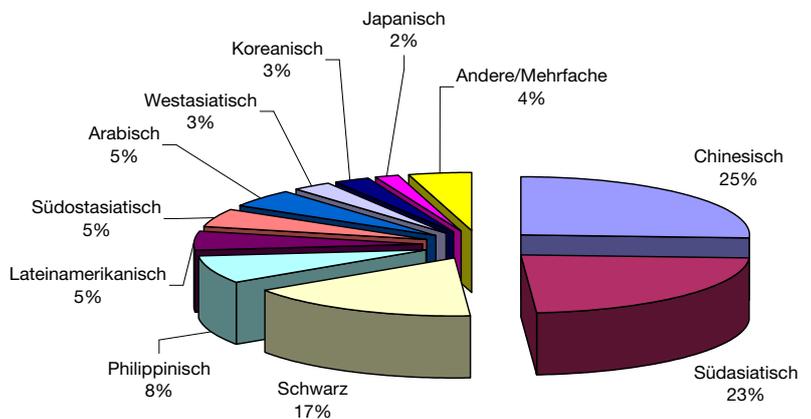
zehn häufigsten Nennungen waren (nach abnehmender Häufigkeit): kanadisch, englisch, französisch, schottisch, irisch, deutsch, italienisch, chinesisch, ukrainisch sowie nord-amerikanische Ureinwohner.

Eines der interessantesten Phänomene in diesem Zusammenhang ist die zunehmende Bedeutung der Nennung „kanadisch“: 1991 gaben gerade 3% der Bevölkerung dies als ihren einzigen ethnischen Hintergrund an. Dieser Anteil stieg bis 1996 auf 19% und weiter auf 39% im Jahr 2001. Einer Studie zufolge<sup>16</sup> sprechen die meisten derjenigen, die sich als „Kanadier“ identifizierten, Englisch oder Französisch als Muttersprache und waren wie schon ihre Eltern – die sich allerdings höchstwahrscheinlich noch als „Engländer“ oder „Franzosen“ identifiziert hatten – in Kanada geboren. Demnach wird die These aufgestellt, dass die Nennung „kanadisch“ ein Instrument ist, mit dem sich wohl situierte europäische Gruppen von neueren Einwanderern aus Asien, Afrika und Lateinamerika abzugrenzen suchen.

**„Sichtbare Minderheiten“**

Das Gesetz zur Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (*Employment Equity Act*) von 1996 definiert so genannte „sichtbare Minderheiten“ als „Personen, die weder Ureinwohner noch von kaukasischer<sup>17</sup> Abstammung oder weißer Hautfarbe sind.“ Die Volkszählung im selben Jahr war die erste, die mit Zahlen über diese Minderheiten innerhalb der Gesamtbevölkerung aufwarten konnte. Wie im damaligen Fragebogen angemerkt, werden diese Informationen erhoben, um „Programme zu unterstützen, die Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger in der Teilnahme am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in Kanada fördern sollen.“<sup>18</sup> Wie die Erhebung von 2001 zeigte, identifizierten sich 13% der Bevölkerung (3.983.845 Menschen) als „sichtbare Minderheit“, eine Bezeichnung, die 1971 auf schätzungsweise nur 1% der Bevölkerung zutraf. Voraussichtlich werden diese „sichtbaren Minderheiten“ im Jahr 2017 rund 20% der kanadischen Bevölkerung ausmachen. Ferner geht aus der Erhebung hervor, dass

**Abbildung 6: Anteil einzelner Minderheitengruppen an allen „sichtbaren Minderheiten“, 2001**



Quelle: Statistics Canada (2003)

„sichtbare Minderheiten“ überwiegend auch Einwanderer sind, denn nur 29,4% von ihnen sind in Kanada geboren. Abbildung 6 zeigt, nach welchen Proportionen spezifische Gruppen innerhalb dieser „sichtbaren Minderheiten“ vertreten sind.

Die „sichtbaren Minderheiten“ sind, ebenso wie die Gruppe der Einwanderer, besonders in Toronto, Vancouver, Montreal und ihren Vororten stark vertreten. 2001 rechneten sich 36,8% der Einwohner in Toronto einer „sichtbaren Minderheit“ zu, in Vancouver 36,9% und in Montreal 13,4%. In einigen Vororten sind die Anteile sogar noch größer, wie beispielsweise in Richmond, einem Vorort von Vancouver, wo 59% zu „sichtbaren Minderheiten“ gehören oder 56% in Markham, außerhalb von Toronto.

## Staatsbürgerschaft

Einwanderer werden in Kanada ermutigt, die kanadische Staatsbürgerschaft anzunehmen, da die Einbürgerung von der Regierung als ein „wichtiger Schritt im Integrationsprozess eingewanderter Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der vollen Teilhabe am Leben in Kanada“ betrachtet wird.<sup>19</sup> Folglich hat das Land die höchste Einbürgerungsquote der Welt: Im Jahre 2001 waren 70% aller Einwanderer eingebürgert. 2003 nahmen 112.978 Personen die Staatsbürgerschaft an, 2004 sogar 146.919 Personen. Am häufigsten wurden in den letzten Jahren Zugewanderte aus China und Indien eingebürgert. Weitere Staaten unter den „Top Ten“ sind Pakistan, die Philippinen, Südkorea und Sri Lanka.

Um eingebürgert zu werden, muss eine Person bereits vier Jahre im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein und sollte bei Antragstellung mindestens drei Jahre in Kanada gelebt haben; darüber hinaus müssen Antragsteller in Englisch oder Französisch kommunizieren können, Landeskennnisse nachweisen können ebenso wie Kenntnisse über ihre Rechte und Pflichten als Staatsbürger. Im Einzelfall kann unter bestimmten Umständen die Staatsbürgerschaft verweigert werden: z.B. wenn eine Anklage oder Verurteilung wegen eines strafrechtlichen Vergehens, eines Kriegsverbrechens oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit vorliegt; bei drohender Abschiebung; bei Gefängnisaufenthalt oder Bewährungsstrafe von mehr als einem Jahr während der letzten vier Jahre vor Antragstellung.

Antragsteller zwischen 18 und 54 Jahren müssen an einem Einbürgerungstest teilnehmen. Dieser multiple-choice-Test umfasst Fragen zum Wahlsystem, zur Geschichte und Geografie des Landes, zu Rechten und Pflichten der Staatsbürger sowie zum Regierungssystem Kanadas und der Region, in der der Antragssteller lebt. Die für den Test notwendigen Informationen werden in einem Lehrbuch zugänglich gemacht.

Im Jahr 1977 wurde die doppelte Staatsbürgerschaft für kanadische Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Das kanadische Statistische Bundesamt schätzt, dass ungefähr 557.000 Kanadier bzw. 1,8% der Bevölkerung eine zweite Staatsbürgerschaft besitzen. Nach entsprechendem kanadischen Gesetz unterliegen Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft jeweils voll und ganz den Gesetzen des Landes (auch den Bestimmungen zum Wehrdienst), in dem sie sich aufhalten.

In den kanadischen Medien wurde die doppelte Staatsbür-

gerschaft zu einem Dauerthema, nachdem im Sommer 2006 infolge des Konflikts zwischen Israel und der Hisbollah 15.000 Kanadier aus dem Libanon evakuiert werden mussten. Da unter den für mehrere Millionen Dollar Evakuierten auch Bürger mit kanadischer und libanesischer Staatsbürgerschaft waren, wurde die Behauptung aufgestellt, dass die doppelte Staatsbürgerschaft zu einfach von Leuten ausgenutzt werden könnte, die für längere Zeit im jeweils anderen Land leben und die kanadische Staatsbürgerschaft als „Rückversicherung“ für Krisenzeiten betrachten. Dieses Bild wurde noch verstärkt durch Medienberichte, nach denen fast die Hälfte der Evakuierten anschließend wieder in den Libanon zurückgekehrt war. Die kanadische Regierung strebt nun zwar eine Evaluierung der Regelungen zur doppelten Staatsbürgerschaft an, Beobachter halten grundlegende Veränderungen allerdings für eher unwahrscheinlich.

## Integrationspolitik

Wie bereits erwähnt, besteht einer der wichtigsten Aspekte kanadischer Integrationspolitik im erleichterten Erwerb der Staatsbürgerschaft. Darüber hinaus fördert die Bundesregierung Hilfsleistungen, mit denen Hunderte von Organisationen im ganzen Land Einwanderer bei der Ansiedlung unterstützen.<sup>20</sup> Sie bringt ferner Broschüren zu allen Bereichen des täglichen Lebens heraus, wie etwa öffentlicher Verkehr, Bankangelegenheiten, Wohnungssuche und Gesundheitswesen. Im Zeitraum vom April 2005 bis März 2006 hat die Bundesbehörde für Staatsbürgerschaft und Einwanderung (*Citizenship and Immigration Canada*, CIC) insgesamt 445 Millionen C\$ für Integrationsmaßnahmen ausgegeben. Im Jahr 2006 kündigte die Regierung eine Anhebung der finanziellen Mittel für entsprechende Dienstleistungen um 307 Millionen C\$ über zwei Jahre verteilt an.<sup>21</sup>

CIC organisiert drei große Rahmenprogramme im Bereich Integration. Im *Immigrant Settlement and Adaptation Program* (ISAP) werden eine Reihe von Dienstleistungen angeboten, wie etwa Informationen zum Leben in Kanada, Übersetzungen und Dolmetschen, Vermittlung an zuständige Stellen in der Gemeindeverwaltung, allgemeine Beratung und grundlegende Arbeitsberatung. Das ISAP-Programm bietet zudem die Möglichkeit, dass sich Einwanderungswillige bereits in ihren Heimatländern über die *Canadian Orientation Abroad Initiative* (COA) einen ersten Überblick verschaffen. Von dieser Möglichkeit machten 2005 und 2006 13.116 Menschen in 35 Ländern Gebrauch.

Das Programm *Language Instruction for Newcomers to Canada* (LINC) bietet erwachsenen Einwanderern kostenlose Grundkurse in englischer oder französischer Sprache an, sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit. Mehr als 20.000 Menschen absolvierten 2005 und 2006 diese Sprachkurse.

Das *Host Program* schließlich vermittelt Freiwillige an Zugewanderte, die den Neuankömmlingen helfen, sich im Kommunalwesen zurechtzufinden, an Gemeindeaktivitäten teilzunehmen oder erste Kontakte in ihrer Berufssparte zu knüpfen, die aber auch mit ihnen Englisch oder Französisch üben. Über die reinen Hilfestellungen hinaus ist das *Host Program* dazu angelegt, das gegenseitige Verständnis zu verbessern und somit Akzeptanz und Vielfalt zu fördern.

Zieht man in Betracht, dass Kanadas langjährige Bemühungen um Masseneinwanderungen eigentlich ein Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sind, ist es interessant festzustellen, dass die Einwanderungspolitik, die möglichst viele hochqualifizierte Arbeitskräfte aufnehmen soll, bislang ohne eine entsprechende Integrationspolitik für den Arbeitsmarkt auskommen musste.<sup>22</sup> Noch bis vor kurzem gingen die jeweiligen Regierungen davon aus, dass die Ausbildung und Fähigkeiten der Zugewanderten ihnen einen nahtlosen Übergang in die immer stärker von Wissen abhängige Wirtschaft ermöglichen würden. Die Probleme, die gegenwärtig mit diesem Ansatz in Verbindung gebracht werden – etwa die zunehmenden Schwierigkeiten hochqualifizierter Arbeitskräfte, einen Job zu finden, der ihren Qualifikationen entspricht – werden im folgenden noch ausführlicher besprochen.

In den vergangenen Jahren sind soziale und Arbeitsmarktintegration von „sichtbaren Minderheiten“ für Forscher von besonderem Interesse gewesen. Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht verläuft die gesellschaftliche Integration von „sichtbaren Minderheiten“ selbst in der zweiten Generation langsamer als bei Einwanderern aus Europa. Dieser Umstand wird – zumindest teilweise – mit Diskriminierung erklärt. Auch wenn die Forscher uneins sind hinsichtlich des Einflusses von Diskriminierung auf den Integrationsprozess, zeigt eine Analyse aus dem *Ethnic Diversity Survey* (EDS) des kanadischen Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2002, dass 35,9% der „sichtbaren Minderheiten“ persönliche Erfahrungen mit Diskriminierung gemacht haben.<sup>23</sup> Dies lässt vermuten, dass die Anstrengungen, die zur Bekämpfung von Rassismus unternommen werden und einen wichtigen Teil in Kanadas Multikulturalismus-Grundsatz ausmachen, möglicherweise nicht ausreichen.

## Multikulturalismus

Als Kanada sich 1971 zum ersten Mal offiziell zum Multikulturalismus bekannte, war es das erste Land weltweit, das diesen Schritt tat. Zu jener Zeit wurde diese Grundsatzentscheidung als Ergänzung zur Zweisprachigkeit des Landes gesehen, nachdem 1969 Englisch und Französisch zu offiziellen Landessprachen erklärt worden waren. Dementsprechend wird auch von „Multikulturalismus innerhalb eines zweisprachigen Rahmens“ gesprochen. Die Multikulturalismusentscheidung zielt darauf ab, „die Würde aller Kanadier“ zu achten, unabhängig von Abstammung, ethnischen und kulturellem Hintergrund, Religion, Familienzugehörigkeit oder Herkunftsort; Individuen sollen ihre kulturelle Identität wahren und stolz auf ihre Abstammung sein können und gleichzeitig „ermutigt werden, sich in die Gesellschaft zu integrieren und aktiv teilzunehmen an gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten.“<sup>24</sup> Sowohl die Zweisprachigkeit als auch der Multikulturalismusgrundsatz waren ursprünglich darauf angelegt, dem in Québec aufkommenden Nationalismus entgegenzuwirken und Spannungen zwischen französischen und englischen Mehrheiten und „anderen Europäern“, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts nach Kanada gekommen waren, zu vermeiden. Die Politikgrundsätze an sich wie auch die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit machen deutlich, dass der Multi-

kulturalismus in Kanada auf demokratischen Normen beruht, wie sie in der kanadischen Verfassung verankert sind. So wies beispielsweise die Provinz Ontario im Jahr 2005 einen Vorstoß zurück, der die Anwendung der *Scharia* in Schlichtungsprozessen erlauben sollte, um Scheidungs- und Sorgerechtsangelegenheiten muslimischer Familien zu klären.

Im Jahr 1988 wurde das kanadische Multikulturalismusgesetz erlassen, das die Bundesregierung beauftragte, „das Verständnis von Multikulturalismus als ein fundamentales Merkmal des kanadischen Erbes und der Identität Kanadas sowie als einen unbezahlbaren Schatz für die Zukunft Kanadas anzuerkennen und zu fördern.“ Gegenwärtig ist das Multikulturalismusprogramm des Ministeriums für Kanadisches Kulturerbe (*Department of Canadian Heritage*) das Hauptinstrument, mit dem die Regierung den Multikulturalismusgrundsatz verfolgt. Aktuell gibt es in diesem Programm vier Schwerpunktbereiche: Förderung des gegenseitigen kulturellen Verständnisses, Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung, bürgerliche Mitbestimmung und Förderung des multikulturellen Bewusstseins in öffentlichen Behörden.<sup>25</sup>

In den Jahren 2004 und 2005 stellte das Ministerium für Kanadisches Kulturerbe 8,6 Millionen C\$ als Zuschüsse für 125 Projekte zur Verfügung, die in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen, Regierungs- und Bundesbehörden, öffentlichen Institutionen, Forschern, Fach- und Handelsorganisationen, so genannten „ethno-kulturellen Gruppen“ und internationalen Organisationen die vier Schwerpunktbereiche ausarbeiteten. In einigen Fällen haben diese Projekte konkrete messbare Ergebnisse hervorgebracht, wie etwa im Fall zweier Initiativen, die zur Eindämmung von hassmotivierten Verbrechen bzw. zur stärkeren Wahlbeteiligung in bestimmten ethnischen Bevölkerungsgruppen beigetragen haben. Auswirkungen von anderen Projekten, wie dem „Monat des asiatischen Kulturerbes“ oder der *Mathieu Da Costa Challenge*,<sup>26</sup> sind deutlich subtiler und nur schwer in konkreten Zahlen zu messen. Die weit gefassten Ziele des Multikulturalismusansatzes machen es generell schwer, direkte Auswirkungen festzustellen.<sup>27</sup>

Es wird oft betont, dass der Wert von Multikulturalismus vor allem in der symbolischen Anerkennung von kultureller Vielfalt liegt und nicht unbedingt in einzelnen Programmen, die sich daraus ergeben. Durch die Förderung von Multikulturalismus in Schulen, öffentlichem Rundfunk, sozialen Einrichtungen, Museen usw. ist mittlerweile eine ganze Generation mit der Botschaft aufgewachsen, dass ethnische Vielfalt Teil der kanadischen Identität ist.<sup>28</sup> Dies hat, so die Argumentation, auf Seiten der Zugewanderten zu einer aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben geführt, aber auch zu einem Diskurs über Einwanderung und Integration, der tendenziell konstruktiver und weniger populistisch ist als in vielen anderen Einwanderungsländern.<sup>29</sup>

## Irreguläre Zuwanderung

Schätzungsweise zwischen 100.000 und 300.000 Menschen halten sich illegal in Kanada auf, wobei 200.000 die am häufigsten genannte Zahl ist. Wie aus den Informationen zu Abschiebungen hervorgeht, kommt die Mehrheit der nichtregistrierten Einwohner als Touristen, Studenten oder temporäre Arbeitskräfte ins Land und bleibt, nachdem ihre Visa ausgela-

fen sind. Bei anderen handelt es sich um Asylbewerber, deren Anträge abgelehnt worden sind.

Nach einer Reihe von Aufsehen erregenden Abschiebungen, sorgte im Jahr 2006 das Problem nichtregistrierter Einwohner und Arbeiter für eine breite Berichterstattung in den kanadischen Medien. Viel Aufmerksamkeit wurde der Ausweisung von rund zwei Dutzend Portugiesen zuteil, von denen viele seit Jahren illegal in der Bauindustrie in Toronto beschäftigt waren. Berichten zufolge kommen aus Costa Rica, Argentinien und El Salvador viele weitere unregistrierte Bauarbeiter. Sie sind in der Regel ausgebildete Steinmetze, Maurer, Zimmerleute usw. – Arbeiter, von denen es in der kanadischen Bauindustrie zu wenige gibt.

In den nachfolgenden Debatten machten Politiker, Gewerkschafter und die Sprecher ethnischer Gruppen das Einwanderungssystem für die Situation verantwortlich, und zwar aus zwei Gründen: Erstens favorisiere es Angestellte und erschwere den Zuzug von ausgebildeten Facharbeitern, was bedeute, dass es für boomende Industriezweige schwer sei, auf legalem Weg ausreichend Arbeitskräfte finden. Zweitens müssten Bewerber lange Wartezeiten von oftmals mehreren Jahren in Kauf nehmen, bevor sie eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten – eine Situation, die manche Menschen dazu verleiten möge, ohne Genehmigung im Land zu leben und zu arbeiten.

In den Medien wurde überwiegend Verständnis für die portugiesischen Bauarbeiter ausgedrückt. Die Abschiebung von hart arbeitenden, ansonsten gesetzestreu Leuten, deren Fertigkeiten die kanadische Wirtschaft dringend braucht, wurde als unfair gegenüber den betroffenen Menschen, aber auch als nachteilig für das Land als Ganzes wahrgenommen.

Im Oktober 2006 schloss der Minister für Einwanderung und Staatsbürgerschaft eine Amnestie für unregistrierte Arbeiter aus,<sup>30</sup> der bessere Ansatz sei, die Fehler im Einwanderungssystem zu beheben, um somit die Leute dazu zu bringen, auf legalem Wege einzuwandern. Versuche seitens portugiesischer und spanischer Interessengruppen, Bauvereinigungen und Gewerkschaften in Ontario, die Regierung zur Legalisierung unregistrierter Arbeiter im Baugewerbe zu bewegen, blieben unwirksam.

## Flucht und Asyl

Obwohl Kanada bereits 1951 der Genfer Flüchtlingskonvention beigetreten ist und auch das 1967er Protokoll im Jahr 1969 unterzeichnet hat, war das Einwanderungsgesetz von 1976 das erste kanadische Gesetz, in dem die Anerkennung von Flüchtlingen geregelt wurde. Bis dahin agierte man in der Flüchtlingspolitik jeweils in Reaktion auf entsprechende Ereignisse in der Welt nach dem ad-hoc-Prinzip. So wurde beispielsweise in gesonderten Programmen mit weniger strikten Auswahlkriterien im Jahr 1962 Flüchtlingen aus Hongkong die Einwanderung ermöglicht (damit öffnete Kanada zum ersten Mal seine Grenzen auch für nicht-europäische Flüchtlinge), 1968 Flüchtlingen aus der CSSR und 1972 aus Uganda.

Zuflucht und Asyl werden jetzt durch das Einwanderungs- und Flüchtlingshilfegesetz (*Immigration and Refugee Protection Act, IRPA*) von 2001 geregelt, und zwar im Rahmen zweier Flüchtlingsprogramme: dem *Refugee and Humanitarian Reset-*

*tlement Program* und dem Programm *Asylum in Canada*.

Im *Resettlement*-Programm wird Flüchtlingen aus dem Ausland (die sich z.B. in Flüchtlingslagern aufhalten) die Reise nach Kanada und ihre Niederlassung finanziert, sei es durch die Regierung oder durch private Gruppen und Organisationen oder Einzelpersonen. Die kanadische Regierung richtet sich bei der Anerkennung von Flüchtlingen, die finanzielle Unterstützung benötigen, nach dem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) sowie Vermittlergruppen und privaten Hilfsorganisationen. Sofern Personen durch diese Organisationen als hilfsbedürftig identifiziert werden, wird anschließend von einer kanadischen Visumsbehörde geprüft,<sup>31</sup> ob ihnen der Flüchtlingsstatus zuerkannt werden kann und ob sie etwaige Gesundheitstests bzw. bestimmte Sicherheitsuntersuchungen bestehen.

Neben dem Umsiedlungsprogramm können auch Personen innerhalb Kanadas Asyl beantragen, entweder auf Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Person, die eines besonderen Schutzes bedarf. In solchen Fällen kann Asyl am Einreise Flughafen oder in einem der CIC-Büros in Kanada beantragt werden. Sofern ein CIC-Beamter einen Anspruch feststellt, wird der Fall an den Einwanderungs- und Flüchtlingsausschuss (*Immigration and Refugee Board, IRB*) zur endgültigen Entscheidung weitergeleitet. 2005 wurde 44% aller Anträge vom IRB stattgegeben.

Aus einer Untersuchung des CIC<sup>32</sup> zu Flüchtlingen, die zwischen 1995 und 2004 Asylanträge innerhalb Kanadas gestellt hatten, geht hervor, dass 46% der Antragsteller aus zehn Ländern stammten, die am häufigsten der Verfolgung beschuldigt wurden: China, Kolumbien, die Republik Kongo, Ungarn, Indien, Iran, Mexiko, Nigeria, Pakistan und Sri Lanka. Zwischen 2002 und 2004 waren Mexiko und Kolumbien die wichtigsten Herkunftsländer. Hinsichtlich der Geschlechter waren männliche Hauptantragsteller im Verhältnis von ungefähr 2:1 in der Mehrzahl gegenüber weiblichen Hauptantragstellerinnen. Die Hauptzielorte der Antragsteller in Kanada entsprechen denen der übrigen Zuwanderer: Ontario (55%), Quebec (32%) und British Columbia (9%).

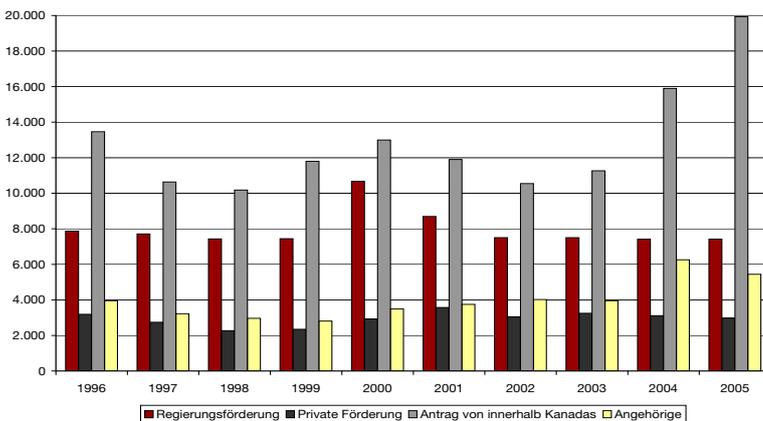
### Kontroverse Aspekte der kanadischen Flüchtlingspolitik

Wie Abbildung 7 zeigt, machen Asylbewerber innerhalb Kanadas die größte Gruppe unter den Flüchtlingen aus, denen dauerhafter Aufenthalt zuerkannt werden. Da Kanada von den meisten Krisenherden der Welt aus aber nur relativ schwer und kostspielig zu erreichen ist, meinen manche Kritiker, dass diejenigen, die es bis ins Land schaffen, wohl kaum auch die sind, die Hilfe am nötigsten haben. In einer Gesetzesüberprüfung von 1997<sup>33</sup> wurde sogar angedeutet, dass das System wenig zur Unterbindung der lukrativen Geschäfte von Menschenhändlern beitrage und denjenigen Schlupflöcher biete, die den langwierigen Einwanderungsprozess umgehen wollten.

Auch über das Verfahren, mit dem mögliche Ansprüche auf einen Flüchtlingsstatus in Kanada überprüft werden, ist seit einiger Zeit kontrovers diskutiert worden. Erstens ist dieses Verfahren, wie auch der Minister für Staatsbürgerschaft und Einwanderung eingestehen musste, „komplex, langsam, kostspielig und ineffizient.“<sup>34</sup> Zweitens werden die Fälle beim IRB seit 2002 von einem einzigen Kommissionsmitglied entschieden und es besteht keine Möglichkeit, gesondert Berufung ein-

zulegen.<sup>35</sup> Eigentlich hätte mit dem IRPA eine Berufungsinstanz (*Refugee Appeal Division*, RAD) eingerichtet werden sollen; die Regierung implementierte jedoch im Jahr 2002 das Gesetz, ohne die Bereiche, die sich auf die Berufungsinstanz beziehen, umzusetzen. Sowohl der *Canadian Council for Refugees* als auch das UN-Flüchtlingswerk haben die kanadische Regierung für ihre fortdauernde Verweigerungshaltung, die RAD einzurichten, gerügt; diese beharrt jedoch weiterhin darauf, dass ihre Flüchtlingspolitik „den Anforderungen sowohl der Verfassung als auch internationalen Verpflichtungen genügt, auch ohne eine eigene Berufungsinstanz.“<sup>36</sup>

**Abbildung 7: Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlinge nach Kategorie, 1996-2005**



Quelle: CIC (2006c)

Auch Kanadas Abkommen mit den USA über sichere Drittstaaten, das seit 2004 in Kraft ist, wird von Flüchtlingsorganisationen entschieden missbilligt. Die Missbilligung beruht auf der Wahrnehmung der gegenwärtigen Menschenrechtssituation in den USA durch diese Organisationen, vor allem im Hinblick auf die Einhaltung der UN-Konvention gegen Folter.

Schließlich haben auch lange Bearbeitungszeiten von Flüchtlingsansprüchen und der damit einhergehende Rückstau von Anträgen eine Menge Kritik auf sich gezogen. Die Bearbeitungszeit für privat unterstützte Flüchtlinge dauert in der Regel zwei bis drei Jahre, wobei die längsten Verzögerungen bei Visa-Behörden in Afrika und im Mittleren Osten zu verzeichnen sind. Zwischen den Jahren 2000 und 2005 blieben durchschnittlich 2.300 Fälle pro Jahr unbearbeitet und summierten sich in dieser Zeit zu einem Rückstau von 13.938 Fällen.<sup>37</sup> Und trotz dieses Rückstaus wurden die Quoten für privat unterstützte Flüchtlinge in den Jahren 2004 und 2005 nicht erfüllt.

## Aktuelle Entwicklungen

Auch wenn es eine ganze Reihe von Problemen gibt, die aus der aktuellen kanadischen Einwanderungspolitik resultieren, sollen hier nur drei angesprochen werden: das Versagen der Politik, der Nachfrage am Arbeitsmarkt gerecht zu werden, die unzureichende Nutzung der Qualifikationen von Einwanderern aufgrund von Problemen bei der Anerkennung ausländischer

Zeugnisse sowie die Unfähigkeit der Einwanderungsbehörde, das hohe Aufkommen von Anträgen zeitnah zu bearbeiten.

### Das Versagen, der Nachfrage am Arbeitsmarkt gerecht zu werden

Das Einwanderungssystem im Allgemeinen und das Punktesystem im Besonderen benachteiligen Facharbeiter sowie ungelernete Arbeiter, die im Baugewerbe und anderen Industrien gesucht werden, während es mittlere und höhere Angestellte bevorzugt. Ein Indikator dafür, dass das System nicht ausreichend auf die gewandelten Arbeitsmarktbedingungen abgestimmt ist, sind die beruflichen Profile solcher Einwanderer, die über ergänzende Programme wie das Nominierungsverfahren der Provinzen (PNP) oder das Zeitarbeitprogramm ins Land kommen. Beispielsweise wurde die Mehrheit der 2005 zugelassenen temporären Arbeiter nach Qualifikationsniveau einer der folgenden Kategorien zugeordnet: Personen mit mittleren Qualifikationen und Sachbearbeiter (34,6%), Geringqualifizierte und ungelernete Arbeiter (23,6%) oder Facharbeiter und Arbeiter im technischen Bereich (15,2%); im Gegensatz dazu wurde die Mehrheit der im selben Jahr zugelassenen permanenten Einwanderer der Kategorie der mittleren und höheren Angestellten (64,6%) zugeordnet. Betrachtet man die Berufsfelder der 2005 zugelassenen PNP-Immigranten, so zählten Schweißer und Lkw-Fahrer zu den häufigsten Berufen.

### Unzureichende Nutzung der Qualifikationen von Einwanderern

In letzter Zeit stellen Ökonomen fest, dass sowohl die Beschäftigungsrate als auch das Einkommen von Einwanderern trotz steigendem Qualifizierungsniveau und gleich gebliebenen Sprachkenntnissen zurück geht. Daraus ziehen manche den Schluss, dass der Trend auf die mangelnde Anerkennung und die unzureichende Nutzung der Qualifikationen der Einwanderer auf dem kanadischen Arbeitsmarkt zurück zu führen ist.<sup>38</sup> Einer Auswertung der Volkszählung von 2001 zufolge war unter den zwischen 1991 und 2001 angestellten, erst kurz zuvor eingewanderten Immigranten mit Hochschulabschluss, ein Viertel in solchen Jobs tätig, die lediglich einen High-School-Abschluss verlangten.<sup>39</sup>

Dass die Einwanderer nicht ihren Qualifikationen entsprechend eingesetzt werden, wird vor allem den Problemen bei der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse zugeschrieben. Wie bereits erwähnt, konzentriert sich das kanadische Einwanderungssystem grundsätzlich darauf, stetig Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, deren Qualifikationen und formaler Bildungsgrad theoretisch den langfristigen Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen, denen aber bei der Einreise nicht unbedingt ein konkretes Stellenangebot vorliegt.

Das bedeutet, dass Arbeitgeber in Kanada den Wert von Zeugnissen und Arbeitserfahrungen von Zugewanderten selbst beurteilen müssen. In der post-industriellen, zunehmend wissensbasierten Wirtschaft, mit der entsprechenden Betonung von Bildung, ist diese Aufgabe für Arbeitgeber nicht einfacher geworden, zumal sie in den seltensten Fällen mit den Inhalten oder der Qualität ausländischer Studiengänge vertraut sind. Gleichzeitig sehen sich hochqualifizierte Einwanderer der starken Konkurrenz durch junge Einheimische ausgesetzt, die in

Kanada geboren und ausgebildet wurden und in wachsender Zahl auf den Arbeitsmarkt strömen – insbesondere in den städtischen Regionen, in denen sich auch die Einwanderer bevorzugt niederlassen.<sup>40</sup>

In Berufszweigen, die, wie der medizinische oder pharmazeutische Bereich oder auch das Bildungswesen staatlich reguliert sind, kann die Beurteilung von ausländischen Abschlüssen Jahre dauern und darüberhinaus dazu führen, dass manche Einwanderer Teile ihrer Ausbildung in Kanada wiederholen müssen. Angesichts solch hoher Hürden sehen sich hochqualifizierte Einwanderer oftmals gezwungen, Jobs anzunehmen, die weder nach Tätigkeit, noch nach Qualifikation ihrer Ausbildung entsprechen, um überhaupt Geld zu verdienen.

Die Konsequenzen dieser Situation sind für die Einwanderer ebenso gravierend wie für den Rest der Bevölkerung. Auf der einen Seite müssen hochqualifizierte Einwanderer, die aus gut bezahlten und prestigeträchtigen Berufen kommen, Status- und Einkommensverluste hinnehmen. Auf der anderen Seite erleidet die kanadische Wirtschaft in vielen Bereichen – von der Medizin bis zum Ingenieurwesen – einen Arbeitskräftemangel, dem eigentlich durch Einwanderung entgegengewirkt werden soll. Im schlimmsten Fall muss der kanadische Staat nicht nur die Kosten für die Integration einer großen Einwandererzahl aufbringen, sondern verliert auch noch das wirtschaftliche Potenzial, das diese Einwanderer mitbringen. Wirtschaftswissenschaftler beziffern den Verlust dieses wirtschaftlichen Potenzials auf jährlich ungefähr 2 Milliarden C\$.<sup>41</sup>

### Bearbeitungszeiten

Seit einigen Jahren mangelt es der Bürokratie in Kanada an einer Infrastruktur, die das hohe Aufkommen von Anträgen bewältigen kann. Allein nach den Berechnungen des CIC gibt es zurzeit einen Bearbeitungsrückstand von 800.000 Anträgen. In dieser Zahl sind noch nicht die Anträge auf befristeten Aufenthalt oder Anerkennung eines Flüchtlingsstatus eingerechnet. Aus diesem Rückstau resultieren immer längere Wartezeiten, insbesondere in China und Indien, den beiden wichtigsten Herkunftsländern. Laut Berichten beträgt in Peking oder Neu-Delhi die Wartezeit allein für das Bewerbungsgespräch bei den Behörden zurzeit fünf bis sechs Jahre.<sup>42</sup> Die in den letzten Jahren abnehmende Zahl von Anträgen aus diesen Ländern wird darauf zurückgeführt, dass frustrierte Bewerber in die USA oder nach Europa gehen.

### Zukünftige Herausforderungen

Im Jahr 2007 will die kanadische Regierung 240.000-265.000 Menschen unbefristeten Aufenthalt gewähren; das entspricht dem höchsten Wert in den letzten 25 Jahren. Eine solche Masseneinwanderung wird weitestgehend von allen politischen Parteien wie auch von der Öffentlichkeit breit unterstützt. Dieser Konsens könnte jedoch erheblich ins Wanken geraten, wenn einige Kernpunkte nicht beachtet werden.

Eine der größten Herausforderungen liegt darin, Einwanderern den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. CIC will 18 Millionen C\$ bereitstellen für die Schaffung einer Agentur, in der ausländische Zeugnisse beurteilt und anerkannt werden. Die Arbeit der vom CIC gegründeten *Internationally Trained*

*Workers Initiative* konzentriert sich – über die Anerkennung von Papieren hinaus – auf folgende Bereiche: verbessertes Sprachtraining, Eingliederungsprojekte in den Arbeitsmarkt, Anti-Diskriminierungsprojekte am Arbeitsplatz und verbesserte Stelleninformation. Wenn nicht schnell etwas unternommen wird, riskiert der kanadische Staat, dass Neuankömmlinge, die in dem Glauben an eine bessere Zukunft eingewandert sind, sich schnell entfremden, und, dass Masseneinwanderungen immer weniger von der Öffentlichkeit mitgetragen werden – wenn nämlich der Eindruck entsteht, dass diese immer weniger zur Wirtschaft beitragen.

Eine weitere Herausforderung stellt die Neuorganisation der Antragsbearbeitung dar, die in allen Zulassungskategorien effizienter werden muss. Der CIC hat dies für 2007 zu seiner Hauptaufgabe gemacht. Wartezeiten von mehreren Jahren haben die Zahl der Anträge auf unbefristeten Aufenthalt aus wichtigen Zuwanderungsländern wie Indien und China bereits zurückgehen lassen. Neben dem abschreckenden Effekt auf Bewerber könnten lange Bearbeitungszeiten – so wird vermutet – ferner dazu führen, dass ein Wohnsitz sowie eine Erwerbstätigkeit in Kanada auch ohne eine entsprechende Genehmigung aufgenommen werden.

Es werden außerdem zusätzliche Überlegungen dahingehend nötig sein, wie die Einwanderungspolitik besser den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht werden kann. Gegenwärtige Entwicklungen deuten auf einen größeren Bedarf an Facharbeitern und Geringqualifizierten hin statt einer Konzentration auf mittlere und höhere Angestellte. Die Verbesserung von ergänzenden Programmen für „Wunschkandidaten“ der Provinzen und für temporäre Arbeitskräfte wären eine gute Möglichkeit, kurzfristig Fehleinschätzungen der Politik zu kompensieren. Langfristig muss jedoch überlegt werden, wie das Hauptauswahlverfahren für Arbeitskräfte – das Punktesystem – neu justiert werden kann.

Schließlich wird die Frage der Integration, insbesondere die der „sichtbaren Minderheiten“, weiterhin eine soziale und politische Herausforderung darstellen. Im internationalen Vergleich sind Integrationspolitik und Multikulturalismus in Kanada bereits weit fortgeschritten. Sie haben für ein vergleichsweise hohes Maß an kultureller Offenheit in der Gesellschaft gesorgt. Jedoch wird auch davon ausgegangen, dass Rassismus und Diskriminierung die soziale und wirtschaftliche Integration von „sichtbaren Minderheiten“ und ihren in Kanada geborenen Kindern immer noch bremsen. Mit der Zunahme der „sichtbaren Minderheiten“ innerhalb der ausländischen Bevölkerungsanteile werden Entscheidungsträger dafür sorgen müssen, dass in dem Land, das viele als das Modell eines Einwanderungslandes betrachten, keine ernstzunehmende Aufspaltung nach ethnischen Gruppen entsteht.

## Endnoten

- <sup>1</sup> Siehe Li (2003).
- <sup>2</sup> „Ukrainer“ wurde als Sammelbegriff für Slawen aus bestimmten Regionen Russlands und Ungarn-Österreichs benutzt; siehe Citizenship and Immigration Canada (2000).
- <sup>3</sup> Die Russen, die zu jener Zeit einwanderten, gehörten vor allem den Doukhobors an, einer bäuerlichen Sekte, die Pazifismus und Gemeinschaftsleben praktizierte und unter dem russischen Zaren verfolgt wurde.
- <sup>4</sup> Obwohl zu diesem Zeitpunkt das Wort „Rasse“ auf biologische Unterschiede zwischen Völkergruppen hinweisen sollte, wird das Wort heutzutage von Wissenschaftlern im englischen Sprachraum nur als soziales Konstrukt im Diskurs um „Rassismus“ eingesetzt.
- <sup>5</sup> Zitiert nach Kelley und Trebilcock (1998).
- <sup>6</sup> Siehe Kelley und Trebilcock (1998).
- <sup>7</sup> Einwanderern aus Europa und Amerika war es weiterhin erlaubt gewesen, auch entferntere Verwandte nachzuholen. Auch dieses Privileg wurde jedoch 1967 abgeschafft.
- <sup>8</sup> Es ist auch möglich, mit Hilfe eines Tests, der von *Citizenship and Immigration Canada* bereitgestellt wird, bereits im Vorfeld der Antragstellung eine Selbstbewertung vorzunehmen (<http://www.cic.gc.ca/english/skilled/assess/index.html>).
- <sup>9</sup> Kanada ist eine Föderation, in der die Regierungsgewalt zwischen der Bundesregierung und den Provinzregierungen geteilt ist. Daneben gibt es drei Territorien, die keine souveränen Gebiete sind, sondern von der Bundesregierung verwaltet werden.
- <sup>10</sup> Québec ist die einzige Provinz, die vollständige Autorität in Einwanderungsangelegenheiten besitzt. Es werden eigene Zielgrößen für die Einwanderung festgesetzt, und die Provinz ist allein verantwortlich für die Auswahl der Einwanderer (mit Ausnahme derjenigen in der Gruppe der Familienangehörigen und der Flüchtlinge, deren Status auf Bundesebene festgelegt wird). Darüber hinaus besitzt die Provinzregierung die volle Verantwortung für das Angebot von Orientierungskursen und Integrationshilfen. Vgl. Citizenship and Immigration Canada (2006a).
- <sup>11</sup> Mit Ausnahme der Jahre 1997 und 1998, in denen die Zahl leicht darunter lag.
- <sup>12</sup> Siehe Statistics Canada (2000).
- <sup>13</sup> Siehe Aydemir und Robinson (2006).
- <sup>14</sup> In den Umfragedaten, die vom Statistischen Bundesamt in Kanada veröffentlicht wurden, werden die Begriffe „Einwandererbevolkerung“ (*immigration population*) und „im Ausland Geborene“ (*foreign born*) synonym verwendet.
- <sup>15</sup> In der Umfrage von 2001 wurden die Befragten gebeten, alle zutreffenden Gruppen anzugeben; dafür waren vier Felder zum Ausfüllen vorgesehen, wobei folgende Erläuterung gegeben wurde: „Die Frage zielt auf den ethnischen oder kulturellen Hintergrund der Vorfahren ab. Als Vorfahren werden Personen bezeichnet, die gewöhnlich entfernter sind als die Großeltern [...] Abstammung ist nicht zu verwechseln mit Staatsbürgerschaft oder Nationalität.“
- <sup>16</sup> Siehe Thomas (2005).
- <sup>17</sup> „Kaukasisch“ wird im nordamerikanischen Sprachraum gemeinhin synonym für „weiß“ verwendet. Eine genauere Wörterbuch-Definition: „Of or relating to a racial group having white skin, especially one of European origin; white.“ Siehe Eintrag „Caucasian“ im *American Heritage Dictionary of the English Language*, 4. Ausgabe, 2004. (<http://dictionary.reference.com/browse/Caucasian>)
- <sup>18</sup> Siehe Statistics Canada (2001).
- <sup>19</sup> Zitiert nach Citizenship and Immigration Canada (2006a).
- <sup>20</sup> In Québec gibt es in jeder Region ein Büro des *Ministère de l'Immigration et des Communautés culturelles*, das sogenannte *Carrefour d'intégration*, das mit entsprechenden Organisationen zwecks Einwandererintegration zusammenarbeitet.
- <sup>21</sup> Siehe Citizenship and Immigration Canada (2006b).
- <sup>22</sup> Siehe Triadafilopolous (2006).
- <sup>23</sup> Siehe Reitz and Banerjee (2007).
- <sup>24</sup> Siehe die Website von Canadian Heritage: [http://www.canadianheritage.gc.ca/progs/multic/inclusive\\_e.cfm?nav=2](http://www.canadianheritage.gc.ca/progs/multic/inclusive_e.cfm?nav=2)
- <sup>25</sup> Siehe Canadian Heritage (2006).
- <sup>26</sup> Seit der Gründung 1996 sind in diesem Wettbewerb Schülerinnen und Schüler im Alter von 9 bis 18 Jahren aufgerufen, Kurzgeschichten, Gedichte oder Bilder einzureichen, die sie bestimmten Ureinwohnern, Afrikanern oder anderen Menschen mit „ethnokulturellem Hintergrund“ für ihren Beitrag zum Aufbau Kanadas widmen. Siehe Canadian Heritage (2006).
- <sup>27</sup> Siehe Reitz and Banerjee (2007).
- <sup>28</sup> Siehe Triadafilopolous (2006).
- <sup>29</sup> Siehe Triadafilopolous (2006).
- <sup>30</sup> Teil- oder *de-facto*-Amnestien sind bereits früher angewandt worden (beispielsweise 1973 und 1983), in der Regel als Reaktion auf größeren Bearbeitungsrückstau bei Anträgen, insbesondere auf Flüchtlingsstatus.
- <sup>31</sup> Nach dem Kanada-Quebec-Abkommen ist Quebec für die Auswahl von Flüchtlingen im Ausland zuständig, die Bundesregierung hingegen dafür verantwortlich, dass die von Quebec ausgewählten Flüchtlinge den entsprechenden Status bekommen.
- <sup>32</sup> Siehe Citizenship and Immigration (2006d).
- <sup>33</sup> Siehe Government of Canada (1997).
- <sup>34</sup> Das Zitat stammt aus der „Note for an Address by the Honourable Monte Solberg Minister of Citizenship and Immigration to the 10th Biennial Conference of the International Association for the Study of Forced Migrations and the International Refugee Rights Conference of the Canadian Council for Refugees, Toronto, Canada, June 18, 2006.“ Der Vortrag kann online nachgelesen werden: <http://www.cic.gc.ca/english/press/speech-2006/iasfm.html>.
- <sup>35</sup> Es gibt zwar einige Wege, die ein abgewiesener Antragsteller einschlagen kann, jedoch gibt es keine Möglichkeit, im ursprünglichen Fall in Revision zu gehen. Eine Person, die vom IRB abgelehnt wird, kann Berufung beim Bundesgericht einlegen. Dieses lehnt jedoch 90% der Anträge ab. Ein abgelehnter Asylbewerber kann sich auch für ein sogenanntes *Pre-Removal Risk Assessment* (PRRA) bewerben, eine Risikobewertung im Vorfeld der Abschiebung, für die allerdings neues Beweismaterial vorgelegt werden muss. Letztlich kann es einem Asylbewerber aus humanitären Gründen gestattet werden, im Land zu bleiben. Diese Entscheidung liegt beim Minister für Staatsbürgerschaft und Einwanderung und ein Bewerber kann abgeschoben werden, bevor diese Entscheidung gefällt wurde. Siehe *Canadian Council for Refugees*: [www.web.net/~ccr/](http://www.web.net/~ccr/).
- <sup>36</sup> Siehe „Refugee Appeal Division – Backgrounder“ auf der CIC-Website (<http://www.cic.gc.ca/english/refugees/rad-backgrounder.html>).
- <sup>37</sup> Siehe Canadian Council for Refugees ([www.web.net/~ccr/](http://www.web.net/~ccr/)).
- <sup>38</sup> Siehe Reitz (2005).
- <sup>39</sup> Glarneau, D. und Morissette, R. (2004): „Immigrants: Settling for Less?“ *Perspectives on Labour and Income* 5(6): 5-16. Zitiert in Reitz (2005).
- <sup>40</sup> Siehe Reitz und Banerjee (2007).
- <sup>41</sup> Siehe Reitz (2005).
- <sup>42</sup> Siehe Jimenez (2006).

## Literatur

- Aydemir, A. und Robinson, C. (2006): Return and Onward Migration among Working Age Men. Statistics Canada Research Paper 11F0019MIE – No. 273. Ottawa.
- Canadian Heritage (2006): Annual Report on the Operation of the Canadian Multiculturalism Act 2004-2005. Ottawa.
- Citizenship and Immigration Canada (2006a): Annual Report to Parliament on Immigration. Ottawa.
- Citizenship and Immigration Canada (2006b): Departmental Performance Report for the Period Ending March 31, 2006. Ottawa.
- Citizenship and Immigration Canada (2006c): Facts and Figures 2005: Immigration Overview – Permanent and Temporary Residents. Ottawa.
- Citizenship and Immigration Canada (2006d): The Monitor. Issue 1/2006. Ottawa.
- Citizenship and Immigration Canada (2000): Forging our Legacy: Canadian Citizenship and Immigration, 1900-1977. Ottawa.
- DeVoretz, D. und Woo, Y.P. (2006): „Dual Citizenship and Canada’s New Diaspora.“ Research on Immigration and Integration in the Metropolis (RIIM) Commentary Series No. 06-03. Vancouver
- Government of Canada (1997): Not Just Numbers: A Canadian Framework for Future Immigration. Immigration Legislative Review. Ottawa.
- Jimenez, M. (2006): “Canada losing its appeal for Chinese immigrants.” The Globe and Mail. Wednesday, 18 October.
- Kelley, N. und Trebilcock, M. (1998): The Making of the Mosaic: A History of Canadian Immigration Policy. Toronto.

- Li, P. (2003): Destination Canada: Immigration, Debates and Issues. Toronto.
- Reitz, J.G. und Banerjee, R. (2007): „Racial Inequality, Social Cohesion and Policy Issues in Canada.“ In: K. Banting, T.J.Courchene, F.L. Seidle (Hrsg.) Belonging? Diversity, Recognition and Shared Citizenship in Canada. Institute for Research on Public Policy. Montréal.
- Reitz, J.G. (2005): „Tapping Immigrants' Skills: New Directions for Canadian Immigration Policy in the Knowledge Economy.“ IRPP Choices 11 (1). Institute for Research on Public Policy. Montréal.
- Statistics Canada (2003): Canada's ethnocultural portrait: The changing mosaic. 2001 Census: analysis series. Ottawa.
- Statistics Canada (2001): 2001 Census Dictionary. Ottawa
- Statistics Canada (2000): „Brain drain and brain gain: The migration of knowledge workers from and to Canada.“ Education Review Quarterly 6 (3): 8-35.
- Stoffman, D. (2002): Who Gets in: What's Wrong with Canada's Immigration Program – and How to Fix it. Toronto.
- Thomas, D. (2005): „I am Canadian.“ Canadian Social Trends 76: 2-7. Statistics Canada. Ottawa.
- Triadafilopoulos, T. (2006): „A Model for Europe? An Appraisal of Canadian Integration Policies.“ S. Baringhorst, U. Hunger, K. Schönwälder (Hrsg.) Politische Steuerung von Integrationsprozessen – Intentionen und Wirkungen. Wiesbaden. 79-94.
- Triadafilopoulos, T. (2004): „Building Walls, Bounding Nations: Migration and Exclusion in Canada and Germany, 1870-1939.“ Journal of Historical Sociology 17 (4): 385-427.

## Weitere Quellen

- Canadian Council for Refugees (Kanadischer Flüchtlingsrat) <http://www.web.net/~ccr/>
- Citizenship and Immigration Canada, CIC (Kanadische Bundesbehörde für Staatsbürgerschaft und Einwanderung) <http://www.cic.gc.ca>
- Department of Canadian Heritage, Multiculturalism Program (Ministerium für Kanadisches Kulturerbe, Multikulturalismus-Programm) [http://www.canadianheritage.gc.ca/progs/multi/index\\_e.cfm](http://www.canadianheritage.gc.ca/progs/multi/index_e.cfm)
- Immigration and Refugee Board of Canada, IRB (Einwanderungs- und Flüchtlingsausschuss Kanadas) <http://www.irb-cisr.gc.ca/index.htm>
- Immigration et Communautés culturelles Québec (Behörde für Einwanderung und kulturelle Gemeinschaften der Provinz Québec) <http://www.immigration-quebec.gouv.qc.ca/en/index.asp>
- Statistics Canada (Statistisches Bundesamt Kanadas) <http://www.statcan.ca>

Die Autorin:

**Jennifer Elrick** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Migration Research Group (MRG) des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI). Seit 2005 ist sie Redaktionsmitglied des Informationsservices „focus Migration“ und für die Länderprofile und Kurzdossiers des Services verantwortlich.

E-Mail: [elrick@hwwi.org](mailto:elrick@hwwi.org)

## IMPRESSUM

Herausgeber: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg, Tel.: +49 (0)40 34 05 76-0, Fax: +49 (0)40 34 05 76-76, E-Mail: [info@hwwi.org](mailto:info@hwwi.org)  
Kooperationspartner: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Netzwerk Migration in Europa e.V.

Redaktion: Jennifer Elrick (verantw.), Tanja El-Cherkeh, Gunnar Geyer, Rainer Münz, Antje Scheidler (Netzwerk Migration in Europa e.V.), Jan Schneider (i.A. der bpb)

Die Herausgabe der Länderprofile und Kurzdossiers wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.

Die Länderprofile und Kurzdossiers geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb und des HWWI wieder. Der Abdruck von Auszügen und Grafiken ist bei Nennung der Quelle erlaubt.

Weitere Online-Ressourcen: [www.migration-research.org](http://www.migration-research.org), [www.bpb.de](http://www.bpb.de), [www.network-migration.org](http://www.network-migration.org), [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de), [www.hwwi.org](http://www.hwwi.org)

Unsere Länderprofile und Kurzdossiers sind online verfügbar unter: [www.focus-migration.de](http://www.focus-migration.de)